



Strukturen der Kolonialzeit: Rebellierende Minenarbeiter in Marikana, September 2012

»Die Wut ist da«

Mehr als 40 von der Staatsmacht getötete Minenarbeiter: Schon seit einiger Zeit eskalieren in Südafrika die sozialen Konflikte. Der regierende ANC steht dem hilflos gegenüber. Von Ruben Eberlein

Die Staatsanwaltschaft reagierte umgehend. Wegen Mordes und versuchten Mordes eröffnete sie Untersuchungen gegen 270 Südafrikaner, nachdem ein Massaker am 16. August in der nahe Marikana nordwestlich von Johannesburg gelegenen Platinmine der multinationalen Firma Lonmin 34 Menschen das Leben gekostet hatte. Bei den Beschuldigten handelte es sich jedoch nicht um die Polizisten, die mit ihren Schnellfeuerwaffen wahllos in eine Menge heranstürmender Streikender geschossen haben, die mit Stöcken und Macheten bewaffnet waren. Ermittelt wurde gegen diejenigen, die von der Polizei festgenommen wurden.

Inzwischen hat sich die zuständige Staatsanwaltschaft besonnen – nach heftigen Protesten auch aus der Führung des regierenden African National Congress (ANC) – und die Vorwürfe vorerst zurückgezogen. Es wäre auch zu grotesk gewesen, wenn 18 Jahre nach dem Ende der weißen Vorherrschaft im Land ein Gesetz aus der Zeit der Apartheid zur Anwendung gekommen wäre.

In dem Gesetz, das nach wie vor gültig ist, kann jeder, der sich in einer gewalttätigen Menge befindet, dafür verantwortlich gemacht wer-

den, was ein anderer aus dieser Menge tut. Der Apartheidstaat benutzte diese *common purpose*-Doktrin vor allem gegen revoltierende Schwarze. Nun hätte sie um ein Haar Anwendung in dem als *Rainbow Nation* verkärten neuen Südafrika gefunden.

Nach fast zwei Dekaden spitzen sich die sozialen Konflikte im Land gefährlich zu. Fast täglich gibt es Demonstrationen und Blockaden von Highways, die oft von kleinen, unabhängigen Slum-Initiativen getragen werden. Dabei geht es durchaus rabiat zu. Die Gruppe »Freunde der ANC-Jugendliga«, die die Proteste unterstützt, drohte kürzlich damit, das von der liberalen Democratic Alliance (DA) regierte Cape Town unregierbar zu machen.

Die Minen des Landes sind neben den Townships die Hotspots der sozialen Auseinandersetzungen. Hier zeigen sich in besonders eklatanter Weise die Widersprüche zwischen einer kleinen, zu Geld gekommenen und politisch gut vernetzten oberen Mittelschicht und dem Gros der arm Gebliebenen, die ohne Perspektive auf ein besseres Leben am Rande des südafrikanischen Wohlstands leben.

Südafrika hat kürzlich Brasilien als Land mit den größten sozialen Ungleichheiten abge-

löst. 40 bis 50 Prozent der Südafrikaner gelten als arm, das heißt, sie müssen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Offiziell liegt die Arbeitslosigkeit bei 25 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die oberen zehn Prozent verfügen nach Informationen der Weltbank über 58 Prozent des gesamten Einkommens, während die unteren zehn Prozent mit 0,5 Prozent auskommen müssen. Die unteren 50 Prozent verfügen lediglich über acht Prozent des Einkommens.

In Marikana stand ein wilder Streik am Anfang des Massakers. Vor allem die Hauer, die drei bis vier Kilometer unter der Erde einen Knochenjob verrichten, traten ohne gewerkschaftliche Führung in den Ausstand und forderten 1.200 statt 400 Euro Lohn. Bereits in der Woche zuvor hatte es in einer anderen Platinmine bei einem Streik zehn Tote gegeben, darunter zwei Polizisten und zwei Wachleute.

Wie genau die 34 Bergleute ums Leben gekommen sind, ist eine offene Frage. Ein auch über Youtube verbreitetes Video zeigt eine Menge heranstürmender Streikender und die Polizei, die das Feuer eröffnet. Doch Recherchen des Journalisten Greg Marinovich zufolge, die in der Zeitung »Daily Maverick« veröffentlicht wurden, sollen mindestens 14 Minenarbeiter abseits dieser Szene auf einer kleinen Anhöhe aus nächster Nähe erschossen worden sein.

Die Firma Lonmin, die die Mine betreibt, hatte sich nicht auf Verhandlungen über Lohnerhöhungen eingelassen und den Streik als illegal bezeichnet. Die Stimmung unter den Streikenden war Mitte August an einem Siedepunkt angelangt, und viele waren bereit, ihr Leben zu riskieren. Dieser Umstand und das anhaltende Vertrauen in den Hokusfokus der Medizinmänner lassen erlauben, wie groß die Verzweiflung

und die Enttäuschung unter den Arbeitern in zwischen sind.

Viele Minenarbeiter ernähren und versorgen mit ihren Einkünften ganze Großfamilien. Nicht selten handelt es sich um Zugezogene aus ländlichen Gebieten Südafrikas, wo die Überweisungen der Bergarbeiter an die Verwandten die mit Abstand größte Einkommensquelle sind. Die Unterkünfte der Bergleute sind nicht selten noch dieselben Männerhostels aus der Zeit der Apartheid, in denen Xenophobie und Gewalt vorzüglich gedeihen.

Zwar brüsten sich Firmen wie Lonmin gern mit ihren *social responsibility*-Programmen, in deren Rahmen ihre Angestellten mit eigenem Wohnraum versorgt werden. Doch wie die christliche NGO Bench Marks Foundation herausgefunden hat, leben auch dort die Menschen unter unhaltbaren Bedingungen. Mangelhafte Kanalisation, Stromausfall und soziale Isolierung prägen oft den Alltag.

Diese Zustände scheinen der auch über die Black Economic Empowerment (BEE) reich gewordenen Oberschicht fremd zu sein. Kein anderer Südafrikaner verkörpert den Aufstieg einer kleinen, gut vernetzten Befreiungselite ins Big Business wohl so perfekt wie Cyril Ramaphosa. In den späten achtziger Jahren gründete er und andere die heute zum Gewerkschaftsdachverband Cosatu gehörende National Union of Mineworkers (Num). 360.000 Menschen legten 1987 die Arbeit in den Kohle- und Goldbergwerken nieder, um gegen niedrige Löhne und miserable Lebensbedingungen zu protestieren. Ramaphosa stand an der Spitze einer der Bewegungen, die schließlich den Apartheidstaat Anfang der Neunziger in die Knie zwang. Heute ist er Multimillionär, Anwärter auf den Präsidentschaftsposten und führender Kopf des ANC. Außerdem gehört er ausgerechnet dem Board der in London und Johannesburg börsennotierten Lonmin an.

»Südafrika ist ein soziales, politisches und ökonomisches Desaster im Wartestand«, meint der politische Analyst Aubrey Matshiqi von der Universität Witwatersrand gegenüber der »New York Times«. »Die Wut ist da. Alles, was es braucht, ist ein Funke, und dann werden Sie soziale, politische und wirtschaftliche Feldfeuer sehen, die außer Kontrolle geraten.«

Der alte ANC-Slogan vom *better life for all* verfährt immer weniger unter den Armen Südafrikas. In dieser Situation ist es auch nicht verwunderlich, daß sich beispielsweise die Minenarbeiter massenhaft von der traditionsreichen Gewerkschaft Num, die die stärkste Einzelgewerkschaft im Dachverband Cosatu stellt, abwenden. Neue, radikalere Kräfte formieren sich. In den Bergwerken ist das zum Beispiel die Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU). Der soziale Konflikt wird auch als Auseinandersetzung zwischen der Num und der AMCU ausgetragen, schließlich kann das Betreiben einer Gewerkschaft ein Millionen-geschäft sein.

Auch der ehemalige Vorsitzende und im April 2012 geschasste Chef der ANC-Jugendliga,

Julius Malema, schaltete sich in den Konflikt ein. Er machte seinen Intimfeind, Präsident Jacob Zuma, persönlich für die Geschehnisse in Marikana verantwortlich. Malema war vor zwei Jahren wegen seiner ständigen Rüpeleien gegen die Führungsriege aus dem ANC ausgeschlossen worden. Er befürwortet die Verstaatlichung der Minen des Landes (die wichtigste Einkommensquelle des Staates) und fordert die Enteignung der weißen Farmer nach dem Vorbild Zimbabwes.

Wo er auch auftritt, brandet ihm die Begeisterung seiner Anhänger entgegen. Diese stört auch nicht, daß Malema selbst der Topelite des Landes angehört und sich auf diese Weise vor allem zu profilieren sucht. Dabei ist er sehr erfolgreich, wenn man Erfolg an den Reaktionen seiner Gegner mißt. Die Cosatu kündigte kürzlich an, sich mit ihm »zu befassen«. Außerdem soll eine Verhaftung wegen Steuerhinterziehung und Korruption angeblich kurz bevorstehen. Das hält ihn jedoch nicht davon ab, derzeit von Mine zu Mine zu ziehen und eine Revolution im Bergbau zu fordern.

Groß waren die Hoffnungen vieler armer Südafrikaner, als Jacob Zuma 2009 den als technokratisch geltenden Präsidenten Thabo Mbeki ablöste. Die Kommunistische Partei, die Cosatu und die ANC-Jugendliga unterstützten damals

Südafrika hat Brasilien als Land mit den größten sozialen Ungleichheiten abgelöst

den skandalumwitterten Zuma. Erst als Gerichtsprozesse wegen Vergewaltigung beziehungsweise Korruption gegen ihn mit einem Freispruch endeten, war allerdings der Weg an die ANC-Spitze und damit das Präsidentenamt für Zuma frei (siehe KONKRET 3/08 und 6/09).

Zuma, zeitweise Vizepräsident unter Mbeki, profilierte sich damals als Volkstribun, versprach eine Abkehr vom Neoliberalismus und mehr Unterstützung für die Armen des Landes. Heute ist davon nicht mehr viel übrig. Schon formieren sich innerhalb seiner Partei Kräfte, die seine Abwahl auf dem ANC-Parteitag im Dezember dieses Jahres betreiben. Unter anderem werden Vizepräsident Kgalema Petrus Motlanthe und dem Geschäftsmann und Politiker Tokyo Sexwale Ambitionen auf das höchste Staatsamt nachgesagt.

Die jüngsten Ereignisse in Marikana und anderen Minen des Landes haben die Reputation Jacob Zumas und seiner Gefolgsleute nachhaltig gestört. Es dauerte Tage, bis sich Zuma in Marikana blicken ließ. Auf einer Gedenkveranstaltung für die getöteten Bergleute verjagten aufgebrachte Angehörige der Opfer die angereisten Minister. Immerhin richtete Zuma einen Tag nach dem Massaker eine Untersuchungskommission zu den Vorgängen in Marikana ein. Ihr gehören unter der Leitung des ehemaligen Richters Ian Farlam zwei weitere Juristen an. Der Bericht der Kommission wird

jedoch erst nach dem ANC-Parteitag im Dezember, auf dem sich Zuma als Vorsitzender bestätigen lassen will, vorliegen.

Wahrscheinlich wird in diesem Bericht auch die ungenügende Ausbildung der Polizei zur Sprache kommen. Die militarisierte South African Police Force (SAPF) reagiert mit äußerster Härte auf Revolten und Streiks. Der Gebrauch von Wasserwerfern und Gummigeschossen gilt mittlerweile als normal. Vertreter der Regierung forderten eine bessere Schulung im *crowd control*.

Es ist schon verblüffend, mit welcher Zuverlässigkeit die *Rainbow Nation* den Weg so vieler postkolonialer Staaten in Afrika einschlägt. Die wirtschaftliche Ausgangsposition ist am ehesten mit dem Kenia der sechziger Jahre und dem Zimbabwe der frühen Achtziger zu vergleichen. Das Land am Kap hat eine vergleichsweise gut entwickelte Industrie, und die Landwirtschaft ist ganz gut in Schuß, doch immer noch fest in weißen Händen.

Der Post-Apartheidstaat ist wie so viele Länder Afrikas nicht bereit beziehungsweise nicht in der Lage, mit den ökonomischen Strukturen der Kolonialzeit zu brechen. Multinationale Unternehmen aus Europa oder den USA beherrschen den Markt, und eine kleine bürgerliche Oligarchie hat die Aufgabe, die Erwartungen der Massen nach ökonomischer und sozialer Befreiung im Zaum zu halten; sie baute eigene Patronage-Netzwerke auf und machte die kleine und große Korruption zu einem ihrer Markenzeichen.

In nahezu allen afrikanischen Staaten hat der vorgeblich gewonnene Kampf gegen die Kolonisatoren die ehemalige Befreiungsbewegung an die Spitze des Staates getragen. Dort verkrustete diese kleine, gut ausgebildete Elite zu einer Staatsklasse, die mehr und mehr auf offene Gewalt setzen mußte, um sich an der Macht zu halten. Vierzig Jahre – nämlich bis Anfang der Neunziger – dauerte es, bis sich die Menschen in den postkolonialen Ländern von dieser Staatsklasse abwendeten und trotz massiver Gegengewalt ein bißchen politische Freiheit gewinnen konnten. Nicht selten waren die Übergänge geprägt von bürgerkriegsähnlichen Zuständen oder offenen Kriegen, so in Kenia, Kongo-Brazaville oder der Demokratischen Republik Kongo (DRC); Wahlen brachten lediglich andere Fraktionen der Oligarchie an die Macht.

Wenn der ANC weiter so agiert wie bisher, wird er seine Hegemonie unausweichlich verlieren. Die Jungen kennen den Befreiungskampf dann nur aus Schulbüchern und den Erzählungen der Alten. Alles, was sie sehen werden, sind die skandalösen Ungerechtigkeiten und die ungleiche Entwicklung. Das ist keine Frage von Jahren, sondern eher von Jahrzehnten. Doch Marikana wird ganz sicher einmal als ein Meilenstein auf dem Weg zum Legitimationsverlust des ANC gewertet werden. ●

Ruben Eberlein schrieb in KONKRET 12/09 über die Lage in Kenia